

Seit der so genannten Gesundheitsreform steht eines fest: Gesundheit darf nichts mehr kosten. Als vor wenigen Wochen die Kliniken nach dem Ärztestreit klein beigeben mussten und seitdem den Doktoren mehr Geld überweisen, konnte man schon am Tag darauf Herrn Dr. Arens, Chef der AOK, über alle Kanäle flimmern sehen. Er betonte immer wieder, dass die Kassen auf keinen Fall willens und in der Lage wären, für die höheren Gehälter aufzukommen, indem man dies auf steigende Behandlungskosten umschichte.

### Billige Versprechen

Die Krankenkassen stehen im internen Wettbewerb. Die den Patienten versprochenen Leistungen müssen Dritte erbringen: Ärzte, Schwestern, Taxi- und Mietwagenunternehmer. Adäquate Entlohnung? Fehlannonce.

Im Gegenteil: Mit den Taxi- und Mietwagenunternehmern spielen die Krankenkassen Harakiri. Legitimiert durch eine fehlinterpretierte Gesetzgebung, wird die Branche systematisch erpresst. Hat man damit sein Ziel erreicht, kommt die nächste Stufe.

Die Chronologie der moralischen Unverschämtheiten, mit denen dem Taxigewerbe systematisch die Pistole auf die Brust gesetzt wird:

- Zuerst drohte man mit interner Konkurrenz. Wenn das Taxi nicht fährt, befördern eben der Mietwagen oder gar die Wohlfahrtsdienste. Ob das im rechtlich einwandfreien Rahmen passiert, interessiert die Kassen wenig. Das Ziel wurde erreicht: Rahmenverträge

# Taxler aller Länder, wehrt euch endlich!

## Die Krankenkassen haben den Bogen längst überspannt

Bezahlung unter dem Selbstkostenpreis, Internet-Ausschreibungen, Aufweichung der Tarifpflicht. Krankenkassen zeigen bei ihren Preisverhandlungen keine Moral.

mit günstigen Abschlüssen außerhalb des Pflichtfahrgebiets wurden geschlossen.

- Dort, wo Widerstand geleistet wird, kommt es zum Abschluss mit akzeptablen Tarifen. Gleichzeitig führt man in den angrenzenden Landkreisen flächendeckende Internet-Ausschreibungen ein. Gewinner ist, wer alle anderen preislich unterbietet. So geschehen in Baden-Württemberg, nachdem die Taxi- und Mietwagenunternehmer im Raum Stuttgart erfolgreich die niedrigen Tarife bestreikt hatten (taxi heute berichtet).

- Doch die Tarife waren zwischenzeitlich weit unterhalb der Schmerzgrenze. Und der Verwaltungsaufwand bei der AOK, die als einzige Kasse bisher Internetausschreibungen durchführte, zu groß. Also erpresst man den Fall der letzten Bastion: Die Tarifpflicht innerhalb des Pflichtfahrgebiets. In Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg sollen niedrige Kilometerpauschalen überall gelten. Doch damit war der Bogen überspannt. Der Widerstand kam von den Zentralen aus den Städten und vom konkurrierenden

Taxiverband, der alle Hebel in Bewegung setzte, um die unteren Verwaltungsbehörden daran zu hindern, die für Sondertarife nötigen Genehmigungen zu erteilen.

- Doch die Kassen wussten noch weitere Wege, um ihre Tarife durchzusetzen. Parallel mit den drei Verkehrsverbänden schließt man in Baden-Württemberg einen Vertrag mit einer branchenfremden Fahrtenvermittlung. Diese soll die Fahrten koordinieren und wiederum an Beförderungsunternehmen verteilen. Die Kilometersätze, die jetzt den Taxiunternehmern angeboten werden, liegen noch mal unter den Tarifen des Rahmenvertrags.

der Krankenkassen nach sich gezogen. Bei Einzelnen brodelte es deshalb schon lange.

### Es gärt gewaltig

Jetzt gärt es auch bei den Großen. Wenn Zentralen mit Boykott drohen, ist eine ganze Stadt im kollektiven Ausstand. Demonstriert ein Taxiverband gegenüber den Krankenkassen Hartnäckigkeit, hängt sein Erfolg von der Mitgliederzahl ab, die das Ansinnen unterstützen. In Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein hat sich der TVD der Sache angenommen. Der kleinere Verband unter den beiden Bundesverbänden hat derzeit einen respektablen Mitgliederzuwachs und erarbeitet sich damit allmählich die Position, gegenüber den Krankenkassen seine klaren Forderungen durchzusetzen: Krankenfahrten zum Taxitarif, Einsparungen durch kluge und kassenübergreifende Organisation von Sammelfahrten.

### Einheit gefordert

Nirgendwo wächst der Widerstand gegen die Krankenfahrtarife derzeit so stark wie in Baden-Württemberg. Das Fass ist übergelaufen. Mitein-

### 2 Sätze... zum Verlust der IK

Die Kassen drohen den Unternehmern mit dem Entzug des Institutionskennzeichens. Ob das rechtens ist, werden wohl in den nächsten Monaten Gerichte klären müssen. Die ersten Klagen gegen diese Praxis der Krankenkassen sind in Vorbereitung.

- Allen widerspenstigen Taxi- und Mietwagenunternehmern, die immer noch nicht zum neu verhandelten Tarif fahren wollen, droht man mit dem Entzug des Institutionskennzeichens (IK). Wer das nicht hat, darf Krankenfahrten nicht mehr mit den Kassen abrechnen.

Spätestens jetzt müssten doch allen Unternehmern die Augen aufgegangen sein. Jedes Nachgeben in Preisverhandlungen hat letztendlich nur noch weitere Repressalien seitens

ander konkurrierende Unternehmen treffen sich an Stammtischen zum Diskutieren, ebenso zueinander im Wettbewerb stehende Zentralen. Je mehr Taxis und Mietwagen Patienten nur noch gegen Barzahlung oder zum Taxitarif fahren, desto schwieriger wird es für die Krankenkassen, dagegen mit moralisch unverschämten Erpressungsversuchen anzukämpfen. Das Bundesland im Südwesten Deutschlands übernimmt daher eine Pilotenfunktion. Gelingt es dort, mit den Kassen wieder auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln, sollte das Signalwirkung auf das bundesdeutsche Taxigewerbe haben.

Vor einem Jahr leisteten die Stuttgarter erfolgreich Widerstand gegen niedrige Kilometersätze. Heute rumort es in ganz Baden-Württemberg.

